

Koordinierung bringt Erfolge

Von Genossen Professor Liebscher, Dekan der Fakultät für Ingenieurökonomie

Auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften hat die Diskussion um die Veränderung der Ausbildung zu einem Beschluß des Ministerrates geführt. Wir befinden uns zur Zeit in der unmittelbaren Überarbeitung der Studienpläne, der Vorlesungsprogramme usw. Der Beschluß geht davon aus, daß sich auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften die an der TU Dresden seit zehn Jahren bereits durchgeführte Ausbildung von Ingenieurökonom bewährt hat.

Damit ist aber auch festgelegt, daß der Ingenieurökonom ein gedegenes Maß naturwissenschaftlicher Grundlagenausbildung, technischer und technologischer Ausbildung erhält (Verhältnis etwa 50 zu 50). Bei dieser Forderung liegt eine Gefahr darin, daß natürlich durch die Tendenz vorhanden ist, möglichst zahlreiche Fachgebiete zu hören, möglichst zahlreiche vertreten zu lassen und damit eine sehr große Ausdehnung des Umfangs dieser Stunden vorhanden sein kann. Derwegen dieser Beschluß von der ökonomischen Forderung, die Durchschnittsstundenbelastung je Vorlesungseinheit auf

etwa 25 Wochenstunden zu begrenzen. Unter einer solchen Voraussetzung stehen wir vor der Notwendigkeit, zu überprüfen, in welchem Umfang die naturwissenschaftliche, technische und technologische Ausbildung erfolgen muß, damit sie dem Profil des Ingenieurökonom entspricht. Es ist an der Universität selbstverständlich, daß diese Ausbildung auch durch die dazu berufenen Fakultäten erfolgt. Aber es zeigt sich bereits jetzt, wenn eine Fakultät in ihren Stundenplänen so vorseht und auf 25 Stunden hinaufgehen will, daß das außerordentliche Schwierigkeiten verursacht, wenn die anderen Fakultäten dem nicht folgen.

Man muß die Forderung stellen, daß gewisse Vorlesungen an den technischen Fakultäten unter den besonderen Gesichtspunkten der Ingenieurökonomie überarbeitet und zugeschnitten werden müssen. Dabei haben wir die Sorge, daß diese Vorlesungen dann nicht mehr von den Professoren, sondern oft von Assistenten gelesen werden. Aber dann würde der Charakter einer Zweitrangigkeit heringetragen. Letztlich muß für den Umfang und das Ausbildungsziel der Fachrichtungsteiler verantwortlich

sein. Natürlich stimme ich Herrn Professor Dr. Hering zu, das bei kollektiver Beratung zu lösen. Aber einer muß letzten Endes die Verantwortung tragen und entscheiden.

Das zweite Problem, das aufsteht, ist, daß wir zu bestimmten Vertiefungen übergehen müssen. Hier stimmen wir den Ausführungen von Herrn Professor Pommer zu, da es sich nur um eine Vertiefung, nicht um eine Spezialisierung handeln kann, da wir an sich von dem Grundsatz ausgehen, daß der mit soliden ökonomischen, naturwissenschaftlichen und technischen Grundlagen ausgebildete Ingenieurökonom in der Lage sein muß, sich schnell in alle ökonomischen Aufgabengebiete einzuarbeiten. Wir sehen deshalb für diese breitere Ausbildung sieben Vorlesungssemester vor und machen dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen den Vorschlag, im 8. Semester ein sogenanntes praktisches Semester einzuführen. Es wäre zweckmäßig, wenn zu diesem Zeitpunkt bereits der künftige Einsatz des Studenten klar wäre, so daß man das praktische Semester auf diesem Gebiete vornehmen könnte.



Genosse Walter Gürtler ist einer der Ingenieurpraktikanten, die im VEB Förderanlagenbau in Köthen arbeiten. Sein Gespräch mit dem Schlosser Karl Wesemann drehte sich um Probleme, die in unserer Reportage auf Seite 5 im Mittelpunkt stehen ... Foto: Volgt

Studium und materieller Anreiz

Von Genossen Dr.-Ing. Preißler, Lehrstuhl für Versuchswesen und Hydraulik im Wasserbau und Mitglied der Redaktionskommission

In seinem Vortrag auf dem Konkzil über Probleme der sozialistischen Erziehung wies Prorektor Genosse Dr. Kurzbach auf die noch anzutreffende Genügsamkeit von Studenten in Leistungsfragen hin. Der Diskussionsbeitrag des Studenten Garbe (siehe „UZ“ 23/65) machte darauf aufmerksam, daß Auffassungen wie „Die 4 ist die 1 des kleinen Mannes“ oder „Hauptache Prüfung bestanden, gleichgültig wie“ durchaus nicht überwinden seien und daß um Höchstleistungen bemühte Studenten nicht selten von ihren Kommilitonen mitleidig belächelt werden, denen ihre Freizeit zu wertvoll ist, um sie mit intensivem Studieren zu „ver-

schwenden“. Dieser Frage wurde auf dem Konkzil ein relativ breiter Raum gewidmet.

Sicher würde die Anwendung des materiellen Anreizes in den verschiedenen vorgeschlagenen Formen, wie beispielsweise Kürzung des Stipendiums bei schwachen Studienleistungen oder Entlohnung der Absolventen nach der Beurteilung im Diplomzeugnis, dazu beitragen, die Studenten zu höheren Leistungen anzuspornen. Könnte aber unter Umständen eine derartige Regelung nicht dazu führen, daß mancher Student die gesellschaftlich notwendige Hebung des Leistungsstandes damit verwechselt, die Prüfungsnote haupt-

sächlich als Mittel zur Erreichung eines größtmöglichen persönlichen Wohlstandes zu betrachten? Könnte die Folge davon nicht die Herausbildung einer krämerhaften Einstellung und eine widerliche Zensurenhascherei sein? Es ist die Frage zu stellen, ob ein Student, von dem die Ideologie Besitz ergriffen hat, daß sich nur das zu tun lohnt, was persönlich zum größten Nutzen gereicht, trotz vielleicht solider fachlicher Kenntnisse auch ein guter Ingenieur mit gefestigtem sozialistischem Bewußtsein werden kann? Der Mensch der sozialistischen Gesellschaft, also auch der sozialistische Ingenieur, zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß er,

ohne in erster Linie an persönliche Vor- oder Nachteile zu denken, seine ganze Kraft für die Lösung der die Gesellschaft bewegenden Probleme einsetzt.

Da die Übertragung des in der Wirtschaft mit Erfolg angewandten Prinzips des materiellen Anreizes auf den Ausbildungs- und Erziehungsprozeß an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen unserer Republik der Entwicklung solcher sozialistischer Eigenschaften bei der zukünftigen Intelligenz nicht förderlich sein dürften, halte ich seine Einführung zumindest für problematisch. Dabei ist auch zu beachten, daß das Stipendium kein Lohn für das Studium ist, sondern vom Staat bereitgestellt wird, um allen jungen begabten Menschen unabhängig von ihrer sozialen Lage die Möglichkeit zu geben, ein von materiellen Sorgen freies Studium durchzuführen.

Wenn auch zugegebenermaßen jeder durchschnittlich Begabte sein Studium erfolgreich abzuschließen vermag, so sind doch die Begabungen und Startbedingungen unterschiedlich. Würde aber ein Stipendienabzug für einen Studenten mit schlechteren Ausgangsbedingungen, dessen Ergebnisse in bestimmten Phasen des Studienprozesses noch nicht zufriedenstellend sind, der aber durch seine Arbeit zeigt, daß er ernsthaft um die Bewältigung der Anforderungen an ihn bemüht ist, nicht bedeuten, daß zu den fachlichen gegebenenfalls auch noch wirtschaftliche Sorgen hinzukommen? Würde das nicht gerade dem Sinn des Stipendiums widersprechen? Wird erkannt, daß ein Student trotz eifrigsten Bemühens das Ziel nicht erreichen wird, so kann auch eine Stipendienkürzung daran nichts ändern. Ihm sollte in seinem eigenen und im Interesse der Gesellschaft geraten werden, die Universität zu verlassen und einen Beruf zu ergreifen, dem er gewachsen ist und in dem er sein Lebensglück findet. Dem Jugendverband und dem Lehrkörper fällt die Aufgabe zu, festzustellen, ob sich ein leistungsschwacher Student stetig um die Überwindung der Mängel bemüht oder nicht, und ob sein Bemühen Erfolg erwarten läßt.

Für die Anwendung des Prinzips des materiellen Anreizes scheint der sozialistische Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen“ zu sprechen. Dieser Grundsatz besagt, daß jeder von der Gesellschaft nur das beanspruchen kann, was er der Gesellschaft zu geben vermag. Der Student ist aber in jeder Beziehung der von der Gesellschaft Empfangende, die zu Recht erwartet, das Vorgeschossene später potenziert zurückzugeben. Zeigt der überdurchschnittlich Begabte bereits während des Studiums Spitzenleistungen, so dürfen solche auch später erwartet werden. Daraus leitet sich die Berechtigung ab, ihm ein höheres Stipendium zu gewähren. In ihm darf man sicher den zukünftigen Führungskader in Wirtschaft oder Wissenschaft sehen. Und eigentlich sollte er deshalb auch in gesellschaftlicher Hinsicht bereits der studentischen Führungskader sein. Doch das nur nebenbei. Wichtig scheint mir, zusammenfassend zu dem Letztes festzustellen, daß der ö. a. sozialistische Grundsatz nicht isoliert auf den Studienprozeß, sondern erst im Zusammenhang mit der späteren beruflichen Tätigkeit Anwendung finden darf. Für falsch halte ich es deshalb auch, die Entlohnung des Absolventen davon abhängig zu machen, welche Zensuren er während des Studienprozesses erhalten hat. Entscheidend dafür kann allein die Leistung sein, die er als Ingenieur vollbringt.

Wenn ich die materiellen Anreize während des Studiums als erzieherisch nachteilig ablehne, so bleibt die Frage offen, mit welchem anderen Mittel die eines Studenten an einer sozialistischen Bildungsstätte unwürdige Ideologie „wissenschaftlichen Leistetrens“ zu überwinden ist.

Ich erinnere mich gut daran, welche Gefühle mich bewegten, als ich seinerzeit mit dem Studium begann. Wie froh und glücklich, und ich möchte das ruhig aussprechen, wie stolz war ich, daß ich mir als Arbeiterkind an der höchsten Bildungsstätte des Landes Wissen aneignen durfte, das früher nur wenigen Begüterten vorbehalten war. Wir alle waren wissenshungrig und von dem Drang besetzt, gute Fachleute zu werden, um später mit ganzer Kraft

mithelfen zu können, das Leben schön und lebenswert zu gestalten. Ich glaube, daß sich in dieser Hinsicht der neu immatrikulierte Student von heute kaum von uns damals unterscheiden wird. Es gibt sicher kaum einen, der nicht aufgeschlossen, erwartungsfroh und voller Ideale zur Stätte der Wissenschaft kommt und das erstrebte Ziel, die Erlangung des Diploms, als Unterpfand für leichten Broterwerb betrachtet. Wohl jeder weiß, daß Wissen in erster Linie Verpflichtung ist, der Entwicklung der Gesellschaft zu dienen. Es ist aber die Frage, ob die gegenwärtige Form des Studiums dazu angetan ist, bei der Mehrzahl der Studenten die Freude am Studium zu erhalten und die Erarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse zum tiefempfindenden Erlebnis werden zu lassen. Da kaum ein neu immatrikulierter Student voll übersehen dürfte, welche Aufgaben ihn als späteren Ingenieur erwarten und in welcher entscheidendem Maße gerade von seiner guten oder schlechten Arbeit die weitere Entwicklung unserer sozialistischen Zukunft abhängt, scheint es mir notwendig, ihn vom ersten Tag des Studiums an mit der Perspektive seines Fachgebietes vertraut zu machen. Das läßt ihn sicher bald erkennen, daß nur beste Kenntnisse genügen, um Großes und für die Gesellschaft Nützliches zu leisten.

Ich denke, daß eine gesunde Einstellung zum Studium und zur wissenschaftlichen Arbeit nicht dadurch erreicht werden kann, daß bei Säumnigkeit finanzielle „Repressionen“ in Aussicht gestellt werden, sondern dadurch, daß alle am Erziehungsprozeß Beteiligten genau so gut wie auf die Vermittlung solider natur- und gesellschaftswissenschaftlicher Kenntnisse darauf bedacht sind, ein sozialistisches Berufsethos heranzubilden. Es kommt also darauf an, daß der Student aus dem Bewußtsein seiner Verantwortung der Zukunft der Gesellschaft gegenüber freudig und unermüdet an die Bewältigung der gewiß nicht immer einfachen und leichten Aufgaben, vor die er im Studium gestellt wird, herangeht und das größte Glück in ihrer Lösung sieht.

Im Parteilprogramm wird gefordert, das Prinzip der materiellen Interessiertheit nach dem Grundsatz zu verwirklichen, „alles, was der Gesellschaft nützt, muß auch für den Betrieb und für den einzelnen Werktätigen vorteilhaft sein.“ (W. Ulbricht, Wirtschaftskonferenz des ZK der SED) Unter Beachtung dieser Forderung wird an der TU zur Zeit die Prämienvereinbarung 1964 für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten beraten, die verlinkt auf den Abschluß von Prämienverträgen (GBI II/7, Paragraf 4 ff. vom 31. März 1964) orientiert. Uns liegt der erste an der Universität abgeschlossene Prämienvertrag vom Institut für Experimentalphysik vor, den wir nachstehend veröffentlichen und der Anregung für den Abschluß weiterer Prämienverträge mit dem Prorektor für Forschungsaufgaben geben soll.

Experimentalphysik macht den Anfang

Im Parteilprogramm wird gefordert, das Prinzip der materiellen Interessiertheit nach dem Grundsatz zu verwirklichen, „alles, was der Gesellschaft nützt, muß auch für den Betrieb und für den einzelnen Werktätigen vorteilhaft sein.“ (W. Ulbricht, Wirtschaftskonferenz des ZK der SED) Unter Beachtung dieser Forderung wird an der TU zur Zeit die Prämienvereinbarung 1964 für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten beraten, die verlinkt auf den Abschluß von Prämienverträgen (GBI II/7, Paragraf 4 ff. vom 31. März 1964) orientiert. Uns liegt der erste an der Universität abgeschlossene Prämienvertrag vom Institut für Experimentalphysik vor, den wir nachstehend veröffentlichen und der Anregung für den Abschluß weiterer Prämienverträge mit dem Prorektor für Forschungsaufgaben geben soll.

Prämienvertrag

abgeschlossen zwischen der Technischen Universität Dresden, vertreten durch den Prorektor für Forschungsaufgaben, Herrn Prof. Dr. phil. habil. A. Recknagel, und Herrn Glasbläsermeister Frieder Warthemann.

Zum Aufbau eines Hochvakuum-Emissionsmikroskops (Forschungsauftrag Nr. ZO 35 07 02/GP - 4/00/4) werden durch Herrn Glasbläsermeister Frieder Warthemann spezielle Glas-Bauelemente entwickelt und besondere Technologien erarbeitet, die sowohl eine günstige Konstruktion als auch eine sichere Funktion des Mikroskops im Hoch- und Ultrahochvakuumbereich ermöglichen. Dabei handelt es sich um:

- Das Verschmelzen von Glas und V₂O₅-Glasverschmelzungen mit V₂O₅ sind jetzt in der Literatur noch nicht bekannt. Speziell zum Aufbau von Elektronenmikroskopen, die bei ultrahohem Vakuum betrieben werden sollen, lassen sich derartige Verschmelzungen vorteilhaft anwenden. Hierbei müssen V₂O₅-Rohre mit einem Durchmesser von etwa 30...40 mm mit entsprechenden Glasrohren verbunden werden. Zum

Entgasen muß die Metall-Glas-Verschmelzung auf mindestens 350...400°C ausgeheizt werden können.

Termin: Anfertigung und Erprobung eines gebrauchsfähigen Funktionsmusters bis 30. April 1964. Der Mindestdurchmesser des V₂O₅-Rohres soll 30 mm bei diesem Muster betragen.

Aufbau einer Vorrichtung

Da es gestattet, bestimmte Gegenstände (z. B. Blenden oder Emissionskathoden) im Rezipienten in genau definierter Weise zu bewegen, ohne daß dabei Drehdurchführungen benötigt werden, Metalloberflächen, die schlecht entgast werden können, sollen bei dieser Konstruktion weitgehend vermieden werden. Geeignete Lösungen sind Glasblenden oder Magnetrappungen. Aus elektronenoptischen Gründen werden Glasblenden bevorzugt. Diese werden jedoch in der DDR u. Z. noch nicht hergestellt und müssen importiert werden (aus dem kapitalistischen Ausland). Die Herstellung von Glasblenden und die Entwicklung einer Vorrichtung, mit deren Hilfe be-

stimmte Objekte im Rezipienten verschoben werden können, ist für die Konstruktion des Hochvakuum-Emissionsmikroskops sehr bedeutend.

Termin: Herstellung und Erprobung eines gebrauchsfähigen Funktionsmusters, bei dem ein Objekt mittels Glasblendenbälge insgesamt ± 5 mm in einer Ebene verschoben werden kann, bis zum 31. Mai 1964.

Da die termingerechte Entwicklung der unter 1. beschriebenen Technologie und des unter 2. erwähnten Bauelementes wesentlich die planmäßige Durchführung des o. g. Forschungsauftrages bestimmt, wird Herrn Glasbläsermeister F. Warthemann für die rechtzeitige Lösung der unter 1. und 2. genannten Aufgaben eine Prämie von jeweils 300 DM zugesichert. Wird der vereinbarte Termin nicht eingehalten, die Aufgaben aber bis zum 30. Juli 1964 gelöst, so verringern sich die Prämien auf 60% Prozent.

(Folgen Unterschriften)

Dresden, den 4. Januar 1964

„Univ.-Blattausgabe“

Seite 2



Steigerung der Arbeitsproduktivität in Forschung und Lehre durch bessere Registriergeräte

Das Institut für Fertigungstechnik stellte anläßlich der Neuregierungskonferenz Anfang Oktober vergangenen Jahres einen Lichtlinienschreiber aus. Das Gerät ermöglicht es, auf direkt schwarzem Registrierpapier von 130 mm Breite zwei Meßwerte gleichzeitig aufzuzeichnen, die eine höchste Frequenz von etwa 10 Hz haben dürfen.

Gegenüber den allgemein bekannten Lichtstrahlungsfillographen, die mit hochempfindlichen Fotopapieren arbeiten, haben Lichtlinienschreiber einige Vorzüge, die sich besonders auf die Dauer der Durchführung von Experimenten günstig auswirken. So entfällt z. B. nach der Aufnahme das zeitraubende Entwickeln, Fixieren, Wässern und Trocknen des Films. Das Warten vor besetzten Dunkelkammern wird damit hinfallig. Weiterhin kann man den Aufzeichnungsvorgang beobachten. Wie oft wird bei komplizierten Versuchsaufbauten ein Handgriff vergessen! Die Folgen sind bei der Verwendung des Lichtstrahlungsfillographen meist erst nach Beendigung des Experiments und dem Entwickeln des Films zu erkennen. Aus diesen Gründen verwenden wir seit vielen Jahren den Lichtlinienschreiber nur noch dort, wo andere Registriergeräte wegen zu geringer Zahl an Meßwerten oder wegen zu geringer oberer Grenzfrequenz nicht eingesetzt werden können. Für sich sehr langsam ändernde Meßgrößen, wie es z. B. die Schnittkräfte und Drehmomente beim Bohren oder Drehen sein können - sofern nicht Nutzen oder andere schnelle Wechsel des Spannungserhältnisses zu schnellen Meßgrößenänderungen führen -, sind Tintenschreiber mit Papiergeschwindigkeiten von einigen mm/s brauchbar. Eine Kopplung des Papiertransportes mehrerer Schreiber zwecks gleichzeitiger Aufzeichnung mehrerer Meßwerte ist möglich, aber mechanisch etwas aufwendig.

Für Messungen beim Stoßen von Nuten, Hobeln kurzer Werkstücke, Bohren von Gewinden mit hohen Drehzahlen u. a. reicht jedoch der Frequenzumfang des Tintenschreibers nicht aus. Hier ist der Einsatz des Lichtlinienschreibers angebracht, der je nach der Ausführung eine mehr oder weniger hohe obere Grenzfrequenz besitzt.

Das Institut für Fertigungstechnik ist nicht in der Lage, Entwicklungen durchzuführen, die Geräte wie den „Lumiscrypt 25/150“ von Fa. Hartmann u. Braun oder den „Visicorder“ von Honeywell zum Ergebnis haben. Dies sollte unsere Industrie endlich tun!

„Unser“ Lichtlinienschreiber entstand durch Umbau des „Lichtlinienschneid-schreibers“ vom VEB EAW Treprow, der als Betriebskontrollgerät die Aufzeichnung von Spannungen, Strömen, Leistungen in Kraftwerken u. a. Betrieben ermöglichen soll. Der Umbau ist verhältnismäßig einfach und vermutlich jeder

Werkstatt der TU möglich. Durch großes Entgegenkommen des Entwicklungsleiters Oibrich im VEB EAW Treprow wurden für uns zwei Meßwerke, die mit 50 ms Einstellzeit nicht im Prospekt vermerkt waren, entwickelt und hergestellt. Ihr Einbau in den Lichtlinienschreiber ist ohne Schwierigkeit möglich. Das Originalgerät besitzt eine Xenon-Hochdrucklampe X BO 50, die mit Wechselstrom betrieben wird. Um die Löcher in der Aufzeichnung, die durch die Nulldurchgänge des Wechselstroms entstehen, zu vermeiden, bauten wir

ein Netzteil zur Gleichstromspeisung der Lampe.

Die einzige Schwierigkeit ist die Beschaffung der Teile. Es kostete uns erhebliche Anstrengungen, bis wir soweit waren, daß der VEB EAW uns die Geräte ohne diejenige Teile lieferte, die zwar listenmäßig zur Ausstattung gehören, aber infolge des Umbaus nicht benötigt wurden, und andererseits die zum Umbau erforderlichen Teile herstellte. Nach unserer Meinung sind diese Hindernisse leichter zu überwinden, wenn sich die interessierten Institute der TU zu diesem Zwecke zusammenschließen. Das Institut für Fertigungstechnik würde gegebenenfalls den organisatorischen Teil dazu übernehmen, falls dies gewünscht wird. Wir sind auch gern bereit, Interessenten das Gerät nach vorheriger telefonischer Anmeldung über Hausapparat 2724 bei uns vorzuführen sowie Auskünfte über die ungefähren Anschaffungskosten zu geben.

Dipl.-Ing. Werner Krause, Institut für Fertigung

Hinweise für das Partellehrjahr

im Monat Februar

Zirkel zum Studium des Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Thema: Der von der SED geführte Kampf der Arbeiterklasse und der mit ihr in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland verbündeten Parteien und Massenorganisationen für die Festigung der Arbeiter- und Bauern-Macht und den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat.

- a) Worin besteht die geschichtliche Bedeutung und Aufgabe der DDR, und warum ist sie das gesetzmäßige und folgerichtige Ergebnis der 120jährigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung?
- b) Warum entspricht der Übergang zur sozialistischen Revolution und zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus der gesellschaftlichen Entwicklung und den Interessen des ganzen deutschen Volkes? Welche Bedeutung hatte der erste Fünfjahresplan für die Schaffung wichtiger Grundlagen des Sozialismus?
- c) Wie kämpfte die Partei um die Verwirklichung ihrer nationalen Politik unter den Bedingungen der offenen Grenze zum imperialistischen Lager?

Literaturhinweise:

- 1. Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel XIII
- 2. W. Ulbricht, „Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED“ (Referat und Programm des VI. Parteitag), S. 299 bis 300.
- 3. W. Ulbricht, Referat auf dem 2. Plenum des ZK der SED, S. 48 bis 52.
- 4. Nationales Dokument. Abschritte III und IV.

Marxistisch-leninistische Kolloquien

Thema 3: Die wissenschaftlichen Grundlagen der Führungstätigkeit in der Wirtschaft und die Bedeutung und der Inhalt der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit - Bedeutung und Inhalt des proletarischen Internationalismus in seinem konkreten ökonomischen Ausdruck. (Teil II)

- Schwerpunkte:
 - 1. Die internationale sozialistische Arbeitsteilung und Zusammenarbeit - eine ökonomische und politische Notwendigkeit der Entwicklung der sozialistischen Länder.
 - 2. Die Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung.
 - 3. Der proletarische Internationalismus - eine grundlegende Voraussetzung zur erfolgreichen Entwicklung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems.

Literaturhinweise

Rede Walter Ulbrichts anläßlich der Beendigung des Baus der Erdölleitung „Freundschaft“, „ND“ vom 19. Dezember 1963.
Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, „ND“ vom 17. Juni 1962.
Wesentliche Fragen der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems - Artikel von M. S. Chruschtschow, Einheits, Heft 9, 1962 oder „Die Wirtschaft“, Nr. 37/1962.
Die Anleitung der Zirkelleiter für die Schulung im Monat Februar findet am 29. Januar 1964, 16.30 Uhr, in den bekannten Räumen statt.